

# Wirkung von Änderungen des Einkommensteuertarifes auf Konsum und Konjunktur durch die Steuerreform 2009/2010

**Ralf Kronberger**

Dr. Ralf Kronberger, Abteilung für Finanz- und Handelspolitik, Wirtschaftskammer Österreich, Lektor an der Fachhochschule Wiener Neustadt und an der Fachhochschule des bfi<sup>1</sup>

Erstmals wurde in Österreich eine Umfrage durchgeführt, wie unselbstständig Beschäftigte und Selbstständige Steuerersparnisse aus Steuertarifänderungen verwenden. Das Umfragedesign lehnt sich an eine in den USA durchgeführte Umfrage von *Shapiro/Slemrod* (2009a) an. Die Gemeinsamkeiten mit den Ergebnissen der US-Umfrage sind, dass unselbstständig Beschäftigte mit niedrigen Einkommen keinen höheren Anteil an der Steuerersparnis für den Konsum ausgeben als Bezieher hoher Einkommen. Die schon mehrmals in der österreichischen wirtschaftspolitischen Diskussion vernommene Hypothese, dass Steuersenkungen sich idealerweise auf niedrige Einkommen konzentrieren sollen, um bestmöglich auf Konsum und Wachstum zu wirken, kann auf Basis der gegenständlichen Umfrageergebnisse nicht gestützt werden. Angesichts dieser Umfrageergebnisse sollte auch die Hypothese hinterfragt werden, dass bei einnahmenseitigen Budgetkonsolidierungen eine stärkere Belastung höherer Einkommen relativ zu niedrigeren Einkommen die am wenigsten dämpfenden Effekte auf Konsum und Konjunktur zeigen würden.

## 1. Einleitung

Als in den USA fiskalische Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur im Jahr 2008 diskutiert wurden, herrschte die offizielle Meinung vor, dass insb die Bezieher kleinerer Einkommen Steuergutschriften, die sie erhalten, zu einem größeren Teil sofort für den Konsum verwenden als dies Bezieher höherer Einkommen tun würden. Die Bezieher kleiner Einkommen würden also über eine höhere marginale Konsumneigung verfügen. So wurde der Schluss gezogen, dass Steuersenkungen mit dem Ziel der Konjunkturbelebung primär den Beziehern niedriger Einkommen zugutekommen sollen. Diese Meinung findet sich bspw in der Analyse des Congres-

<sup>1</sup> Mag. Harald Past wirkte sowohl bei der Beauftragung der Umfrage als auch beim Verfassen des Textes mit.

Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010

sional Budget Office (2008, 7): „*Lower-income households are more likely to be credit constrained and more likely to be among those with the highest propensity to spend. Therefore, policies aimed at lower-income households tend to have greater stimulus effects.*“

In Beiträgen zur österreichischen wirtschaftspolitischen Diskussion betreffend die Frage, wie Tarifiereduktionen gestaltet werden sollen, um den bestmöglichen Effekt auf Konsum und Konjunktur zu erzielen, wird ebenso Bezug auf die marginale Konsumneigung unterschiedlicher Einkommensgruppen genommen: So findet sich bei *Marterbauer* (2007, 145) die Meinung, dass die österreichischen Steuerreformen 2000 und 2005 gezeigt hätten, „*dass generelle Steuerensenkungen kaum positive Effekte auf die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und die Verringerung der Arbeitslosigkeit haben. Sie verpuffen in mehr Ersparnissen der mittleren und oberen Einkommensgruppen und wachsenden Finanzanlagen der Unternehmen*“. In jüngeren Publikationen mit Bezug auf die Wirtschaftskrise 2009 findet sich die Bewertung, dass die Ausgestaltung der Steuerreform 2009 die unteren Einkommen noch stärker entlasten hätten sollen: „*Aus stabilisierungspolitischer Sicht wäre eine stärkere Konzentration der Entlastungsmaßnahmen auf private Haushalte mit niedrigem Einkommen, die eine vergleichsweise höhere marginale Konsumneigung aufweisen bzw. stark liquiditätsbeschränkt sind, jedoch effektiver*“ (*Köhler-Töglhofer/Reiss*, 2009, 100). Ähnlich fällt die Bewertung der Konsum- Konjunkturreffekte durch die Steuerreform 2009 bei *Reitschuler/Stöckl* (2009, 458) aus, die niedrigen Einkommensschichten ebenso eine relativ höhere marginale Konsumneigung zuweisen als höheren Einkommensschichten.

Bis dato wurden in Österreich keine empirischen Erhebungen durchgeführt, welche die zuvor dargestellte Hypothese stützen; nämlich, dass Tarifierenkungen aufgrund der höheren marginalen Konsumneigung<sup>2</sup> bei kleinen Einkommen auf diese Gruppe konzentriert werden sollen, um den bestmöglichen Konsum- und Wachstumseffekt zu erzielen. Mit der Ergebnisanalyse der vorliegenden Befragung soll gezeigt werden, dass alle Einkommensschichten einen beträchtlichen Teil der Steuerensenkungen – hier am Beispiel der Effekte der Steuerreform 2009, die insb durch die Lohnsteueraufrollung zur Jahresmitte spürbar wurde – für den unmittelbaren Konsum verwenden. Das Design der vorgenommenen Tarifieränderung – die Entlastung aller Einkommenshöhen – dürfte die Zielsetzung erfüllt haben, einen gemessen am bereitgestellten Entlastungsvolumen ausreichend hohen Impuls für den aggregierten Konsum und damit auch für die Konjunktur gegeben zu haben.

2 *Shapiro/Slemrod* (2009a) wie auch die gegenständliche Umfrage beinhalten die Fragestellung, wie die Steuergutschrift überwiegend verwendet werden soll und nicht, welcher Anteil der Gutschrift genau für den Konsum verwendet wurde. In *Shapiro/Slemrod* (2003) konstruieren die Autoren eine Verteilung von individuellen marginalen Konsumneigungen an Hand derer sie die aggregierte marginale Konsumneigung ermitteln, die durch die gewählte Methode größer ist als der prozentuale Anteil jener, die die Steuerersparnis überwiegend ausgeben. Davon ausgehend kann man die marginale Konsumneigung für die österreichischen Umfrageergebnisse bei einem Wert von rund 0,6 sehen.

SCHWERPUNKT STAATVERSCHULDUNG: Konsum und Konjunktur

**2. Befragungsergebnisse aus den USA und Australien zu den relativen Konsumausgaben bei Steuerentlastungen**

*Shapiro/Slemrod* (2009a) analysieren, inwieweit die Steuergutschriften den Konsum ankurbelten, welche im Februar 2008 von der US-Regierung zur Belebung der sich bereits stark im Abschwung befindlichen US-Konjunktur beschlossen wurden. Die Steuergutschriften betragen für Einzelpersonen zwischen 300 und 600 US-Dollar, für Familien zwischen 600 und 1.200 US-Dollar, für jedes Kind wurden rund 300 US-Dollar gutgeschrieben. Insgesamt betrug das Entlastungsvolumen dieser Maßnahme rund 150 Mrd US-Dollar, das ungefähr 130 Millionen Einkommensbezieher zugutekam. Die Autoren kommen auf Basis einer monatlichen Haushaltsbefragung mit einem Sample von 500 Haushalten - zwei Monate vor Gewährung der Steuergutschrift bis drei Monate nach Beginn der Gewährung der Steuergutschrift - zu folgendem Ergebnis: Von denjenigen, die eine Steuergutschrift erhielten, gaben 19,9% an, sie würden diese für den sofortigen Konsum verwenden, 31,9% würden ihren Angaben nach mit der Steuergutschrift ihre Ersparnisse erhöhen und 48,2% würden die erhaltenen Mittel für die Rückzahlung von Schulden verwenden. Entgegen der Hypothese, dass kleinere Einkommensbezieher einen größeren Anteil ihrer Steuergutschriften für den Konsum verwenden würden als hohe Einkommensbezieher, bringt die Befragung das Ergebnis, dass die Angaben betreffend ihres relativen Konsumanteils sehr ähnlich über alle Einkommensgruppen verteilt waren. Bei den geringsten Einkommen verwendeten 17,8% die Steuergutschrift für den Konsum, bei den höchsten waren es 21,4%. *Shapiro/Slemrod* (2009a) ermitteln eine durchschnittliche marginale Konsumneigung von 0,32 bis 0,35.

Tabelle 1: **Verwendung der Steuergutschrift für den Konsum nach Einkommensgruppen in den USA**

Einkommensgruppe (US)	Verwendung der Steuergutschrift für Konsum (%)
Bis 20.000 USD	17,8
20.000 - 35.000 USD	21,0
35.000 - 50.000 USD	16,6
50.000 - 75.000 USD	18,7
75.000 USD und mehr	21,4
Keine Angabe zum Einkommen	24,9
Gesamt	19,9

Quelle: *Shapiro/Slemrod* (2009a)

*Leigh* (2009) analysiert, inwieweit 2008 und 2009 die Steuergutschriften den Konsum ankurbelten, welche im Februar 2008 von der australischen Regierung zur Belebung australischen Konjunktur beschlossen wurden. Im Dezember 2008 erhielten alleinstehende Pensionisten Zahlungen in der Höhe von 1.400 Australischen Dollar (AUD) und Zwei-Personen-Pensionistenhaushalte 2.100 AUD. Weiters gab es Zahlungen an steuerbegünstigte Personen, die jemanden pflegen, sowie an Familien mit Kindern. Im April und Mai 2009 zahlten die australischen Behörden zwischen 900 AUD und 250 AUD an alle unselbstständig Beschäftigte mit Jahreseinkommen bis 100.000 AUD (900 AUD bis zu einem Jahreseinkommen von 80.000 AUD). Familien mit Kindern im Schulalter erhielten 950 AUD je Kind. Alleinerzieher und Allein-

Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010

verdiener mit Kindern erhielten Zahlungen in der Höhe 900 AUD pro Familie. Die Zahlungen beliefen sich insgesamt auf 12 Milliarden AUD. Im Juni 2009 ließ die Australische Nationale Universität 1.201 Personen telefonisch über ihre Einstellung zu Steuern befragen, wovon sich 2 Fragen auf die beschriebenen Steuerbegünstigungen bezogen. Die australischen Steuerpflichtigen verwendeten im Durchschnitt einen deutlich höheren Anteil der Steuerauszahlungen für den Konsum als dies die US-Amerikaner taten. Im Durchschnitt gaben die Australier 40,5% der erhaltenen Steuergutschriften für den Konsum aus. Auch zeigte sich wie in der US-amerikanischen Umfrageergebnissen, dass die niedrigsten Einkommen von diesen Steuergutschriften nicht mehr ausgaben als die mittleren und hohen Einkommen. Aus den australischen Umfrageergebnissen ermittelte Leigh eine durchschnittliche marginale Konsumneigung von 0,41-0,42.

Tabelle 2: **Verwendung der Steuergutschriften/-auszahlungen für den Konsum nach Einkommensgruppen in Australien**

Einkommensgruppe (Aus)	Verwendung der Steuergutschrift für Konsum (%)
Bis 20.000 AUD	40
20.000 - 39.999 AUD	45
40.000 - 59.999 AUD	31
60.000 - 79.999 AUD	39
80.000 - 99.999 AUD	35
100.000 - 149.999 AUD	49
150.000 und mehr	44

Quelle: Leigh (2009)

### 3. Steuerreform 2009/2010 in Österreich

Die österreichische Steuerreform sollte ursprünglich 2010 umgesetzt werden. Unter anderem wegen der sich verschlechternden Konjunkturlage wurde bei den Koalitionsverhandlungen im Zuge der Regierungsbildung im Herbst des Jahres 2008 von den beiden Verhandlungspartnern ein Vorziehen der Steuerreform auf das Jahr 2009 vereinbart. Das Steuerreformgesetz 2009 wurde am 11. 3. 2009 im Plenum des Nationalrates und am 26. 3. 2009 im Plenum des Bundesrates mit Stimmenmehrheit beschlossen. Wesentlichste Maßnahme des Steuerreformgesetzes war die nachfolgend beschriebene Tarifsenkung. Die Grenze, ab der erstmals Einkommensteuerpflicht besteht, wurde von € 10.000,- auf € 11.000,- angehoben. In der ersten Tarifstufe wurde neben der Anhebung der untersten Steuergrenze auch der Steuersatz von 38,333% auf 36,5% gesenkt. Die zweite Tarifstufe wurde auf € 25.000,- bis € 60.000,- verbreitert, der Steuersatz geringfügig von 43,596% auf 43,2% gesenkt. Der Steuersatz der dritten Tarifstufe blieb bei 50%.

Die Tarifsenkung trat rückwirkend mit 1. 1. 2009 in Kraft. Bei Lohnsteuerzahlern musste der Arbeitgeber ab Inkrafttreten des Steuerreformgesetzes 2009 (31. 3. 2009), sofern die technischen und organisatorischen Möglichkeiten gegeben waren und ein aufrechtes Dienstverhältnis bei diesem Arbeitgeber vorlag, ehebaldigst, jedoch bis spätestens 30. 6. 2009, die Lohnsteuer neu berechnen (BMF, 2009).

## SCHWERPUNKT STAATVERSCHULDUNG: Konsum und Konjunktur

Die Tarifsenkung wirkte regressiv – bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von € 15.000,- verminderte sich die Steuerbelastung um 23,8% im Vergleich zum bisherigen Tarif. Bei € 30.000,- waren es noch 8,3%, bei € 50.000,- betrug die Ersparnis 4,1%. Bei € 60.000,- stieg die prozentuelle Entlastung leicht auf 6,3% an – ein Effekt der Anhebung der Steuergrenze für den Spitzensteuersatz –, ehe der Entlastungseffekt wieder abnahm (3,2% bei € 100.000,-). Insgesamt verschaffte die Steuerreform (Tarifreform und Maßnahmen aus dem Familienpaket) eine gleichmäßige Erhöhung des verfügbaren Haushaltseinkommens zwischen 1,8% und 2,5%. *Haigner et al* (2009) zeigen, dass unter Berücksichtigung der Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge<sup>3</sup> für niedrige Einkommen und der 13. Auszahlung der Familienbeihilfe das Netto-Äquivalenzeinkommen gewichtet nach Haushaltsgröße durch die Steuerreform im untersten Einkommensdezil um 1,3%, im mittleren Bereich um 3,0% und im obersten Dezil um 2,4% stieg.

Zu beachten ist, dass die Entlastungswirkungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftraten: Lohnsteuerzahler profitierten bereits in den Monaten April und Mai 2009 das erste Mal von der Tarifsenkung bei der Auszahlung ihres Monatslohns, unmittelbar durch die aliquote Tarifsenkung im Monat April und zumeist im Monat Mai zusätzlich durch die Aufrollung der Lohnsteuer aus den Vormonaten. Ebenso unmittelbar profitierten Einkommensbezieher mit Kindern durch die Erhöhung des Kinderabsetzbetrages. Ähnlich der Aufrollung der Lohnsteuer wurde in den Monaten April bzw Mai die noch nicht ausbezahlte Erhöhung des Kinderabsetzbetrages der Vormonate überwiesen. Der Kinderfreibetrag oder etwa die Abzugsmöglichkeit für Spenden konnten erst mit der Veranlagung 2009 geltend gemacht werden. Einkommensteuerpflichtige profitierten von der Tarifsenkung ebenso erst mit der Veranlagung 2009. Die neue Regelung des Gewinnfreibetrags trat erst ab 2010 in Kraft und wird somit erst im Folgejahr mit der Veranlagung 2010 spürbar. Gemäß den Erläuterungen der Regierungsvorlage des Steuerreformgesetzes 2009 stellen sich die Entlastungsvolumina wie folgt dar: „Die Steuerreform in der vorliegenden Gestaltung hat insgesamt ein finanzielles Volumen von € 3,06 Mrd, davon entfallen € 2,3 Mrd auf die Einkommensteuertarifentlastung und € 510 Mio auf die Entlastung von Familien mit Kindern. Die Kosten für den Gewinnfreibetrag betragen nach Gegenrechnung mit dem Entfall der begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne € 150 Mio pro Jahr. Die Kosten für die Absetzbarkeit von Spenden betragen € 100 Mio.

### 4. Methode und Ergebnisse der österreichischen Umfrage zu den Konsumausgaben relativ zu den Steuerentlastungen

In Anlehnung an *Shapiro/Slemrod* (2009a) wurden österreichische Haushalte schwerpunktmäßig darüber befragt, wie sie die zusätzlichen Mittel aus der Lohn-

<sup>3</sup> Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurde ebenfalls zur Steuerreform gezählt, die mit 1.7. 2008 in Kraft getreten ist. Die Entlastung betrug dort für Einkommen bis € 1.000,- monatlich 3% des Bruttogehaltes. Streng genommen wurde dabei der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt, der zwar insgesamt die Abgabenbelastung des Arbeitnehmers mindert, aber unabhängig von der Steuerbelastung, die für Jahreseinkommen unter € 11.000,- ohnehin entfällt.

## Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010

---

steueraufrollung – bedingt durch die Steuerreform 2009 – verwenden würden. Die Erhebung basiert auf einer telefonischen CATI-Umfrage des market-Instituts, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren. Der Befragungszeitraum lag zwischen 18. und 28. 5. 2009. 1.500 Befragte wurden durch ein System aus Random- und Quotaauswahl zur Befragung ermittelt. Der Umfrage lag ein Fragebogen mit quantitativen und qualitativen Antworten zugrunde. Die maximale statistische Schwankungsbreite der Ergebnisse liegt bei 2,58% bei einem Signifikanzniveau von 95%. Um Vergleichsmöglichkeiten mit bereits vorhandenen empirischen Ergebnissen aus den USA zu schaffen, waren die Fragestellungen ähnlich gestaltet wie jene im Fragebogen von *Shapiro/Slemrod* (2009b).

Durch die rückwirkend in Kraft getretene Steuerreform und die Verpflichtung der Arbeitgeber durch Aufrollung die Steuerersparnis für den Arbeitnehmer beginnend ab Jänner kumuliert weiterzugeben, ergaben sich für den Einzelnen deutlich wahrnehmbare „Steurgutschriften“ am Lohnzettel. Die maximale jährliche Steuerersparnis durch die Tarifreform betrug € 1.350,- bei steuerpflichtigen Jahreseinkünften von € 60.000,-. Bei einer Lohnaufrollung im April würde dieser Arbeitnehmer € 450,- mehr als im Vormonat bekommen. Bei einem Monatsbruttogehalt von € 2.500,- rund € 27.750,- steuerpflichtiges Jahreseinkommen – konnte man bei der Aufrollung im April insgesamt eine Entlastung von knapp € 210,- erwarten.

Zum Zeitpunkt der Befragung war 72% der Gesamtbevölkerung bekannt, dass es die Steuerreform gibt. Je höher das Einkommen war, desto höher lag der Anteil der Informierten. Hingegen wussten nur 58% der Personen ohne eigenes Einkommen bzw mit einem Monatseinkommen von weniger als € 1.000,- von einer Steuerreform. Nur jeder zweiten Person in Ausbildung, Hausfrau bzw Person in Karenz war die Steuerreform bekannt.

Eine Mehrheit von 51% der unselbstständig Beschäftigten hatte zum Befragungszeitpunkt die Kenntnis, dass der Arbeitgeber bereits die Aufrollung durchgeführt hatte. Hinsichtlich der Einkommenshöhe waren kaum Unterschiede zu verzeichnen. Bei Vollzeitbeschäftigten lag der Anteil mit 57% höher als bei Teilzeitbeschäftigten (34%). Der Unterschied erklärt sich dadurch, dass Teilzeitbeschäftigte häufig ohnehin keine Lohnsteuer zahlen müssen.

Die Umfrage zeigt, dass die relative Mehrheit, sowohl Selbstständige als auch Unselbstständige, das zusätzliche Einkommen überwiegend für den sofortigen Konsum ausgibt. Damit liegt der aus dem Befragungsergebnis unmittelbar ablesbare Anteil für die Konsumausgaben beim Durchschnitt der unselbstständig Beschäftigten bei 59% und bei den Selbstständigen bei 57%. Der Anteil ist damit um das Dreifache höher als dies *Shapiro/Slemrod* (2009a) für die USA beobachtet hatten und in etwa um 50% höher als bei den australischen Umfrageergebnissen (*Leigh*, 2009).

Knapp die Hälfte der Nichtselbstständigen (46%) gab an, die Mehreinnahmen zum Großteil sofort zu konsumieren. Weitere 13% wollten das zusätzliche Geld für eine größere Anschaffung noch in diesem Jahr sparen. Ebenso viele planten das Geld längerfristig anzulegen, rund 4% werden das zusätzliche Einkommen dazu verwenden, um laufende Kredite zurückzuzahlen.

SCHWERPUNKT STAATSVerschuldung: Konsum und Konjunktur

Tabelle 2: Verwendung zusätzliches Einkommen, nicht selbstständig Beschäftigte

Verwendung des zusätzlichen Einkommens aus der Tarifentlastung von Personen, die nicht selbstständig beschäftigt sind					
Monatliches Bruttoeinkommen	Befragte insgesamt	bis 1.000 Euro	1.001 bis 2.000 Euro	2.001 bis 3.000 Euro	3.001 Euro und mehr
Wird überwiegend sofort ausgegeben, konsumiert	46%	42%	47%	49%	63%
Wird überwiegend gespart für eine größere Anschaffung noch dieses Jahr	13%	12%	18%	15%	13%
Wird überwiegend längerfristig auf die hohe Kante gelegt	13%	14%	15%	14%	19%
Wird überwiegend verwendet, um Kredite zurückzuzahlen	4%	3%	7%	7%	5%
Anderes	2%	2%	2%	1%	1%
Keine Angabe	26%	31%	17%	15%	13%

Quelle: market Institut

Bei gesonderter Betrachtung nach Einkommensgruppen fällt das Ergebnis insofern ähnlich wie bei *Shapiro/Slemrod* (2009a) aus, als die unterschiedlichen Einkommensgruppen ähnliche Werte aufweisen. 47% der befragten nicht selbstständig Beschäftigten mit Einkommen zwischen € 1.001,- und € 2.000,- gaben an, das Geld zum überwiegenden Teil konsumieren zu wollen, bei Einkommensbeziehern zwischen € 2.001,- und € 3.000,- wollten 49% sofort konsumieren und bei Einkommen über € 3.001,- waren dies 63%.

18% der Befragten in der Einkommensgruppe zwischen € 1.001,- und € 2.000,- nutzen das zusätzliche Nettoeinkommen für eine größere Investition noch in diesem Jahr, in den jeweils nächst höheren Einkommensgruppen waren dies 15% und 13%. Längerfristig gespart wird das zusätzliche Einkommen bei 15% der Einkommen zwischen € 1.001,- und € 2.000,-. Bei den zwei nächst höheren Einkommensgruppen waren dies 14% und 19%.

Die Steuerersparnis wird von einem kleinen Anteil der Befragten zur Rückzahlung von Krediten verwendet: Zu 7% bei Einkommen zwischen € 1.001,- und € 3.000,- und zu 5% bei Einkommen über € 3.001,-. Im Vergleich zu den Ergebnissen von *Shapiro/Slemrod* (2009a) für die USA stellt dies nur einen Bruchteil dar. 48,2% der befragten US-Bürger gaben an, die Steuerersparnis für die Rückzahlung ihrer Schulden zu verwenden.

Die zuvor genannten Autoren erklären den an sich relativ gleich bleibenden Anteil an Konsumausgaben damit, dass insbesondere niedrige Einkommen nicht die gesamten zusätzlichen Einkünfte ausgeben würden, da diese davon ausgingen, dass sie auch in Zukunft niedrige Einkommen beziehen würden und daher auch entsprechend Geld zur Seite legen würden.

Ähnlich wie bei den unselbstständig Beschäftigten stellt sich die Verwendung der Steuerersparnis durch die Selbstständigen dar. Neben der Tarifreform, die zum Zeitpunkt der Veranlagung der Einkünfte aus 2009 wirkt, ergibt sich für die Selbstständigen in der Regel eine weitere Ersparnis durch den Gewinnfreibetrag, der ab der Veranlagung der Einkünfte aus 2010 gewährt wird.

Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010

Tabelle 3: Verwendung der Steuerersparnis bei den Selbstständigen

Verwendung des zusätzlichen Einkommens aus der Tarifentlastung und dem Gewinnfreibetrag von selbstständig Erwerbstätigen				
Jahreseinkommen	Selbstständige insgesamt	Jahres-einkommen bis 15.000 Euro	Jahres-einkommen 15.001 bis 30.000 Euro	Jahres-einkommen ab 30.001
Wird überwiegend sofort ausgegeben, konsumiert	29%	34%	36%	21%
Wird überwiegend für Betriebsausgaben verwendet	16%	12%	27%	8%
Wird überwiegend längerfristig auf die hohe Kante gelegt	15%	10%	12%	20%
Wird überwiegend gespart für eine größere Anschaffung noch dieses Jahr	12%	14%	19%	13%
Wird überwiegend verwendet, um Kredite zurückzahlen	12%	17%	15%	13%
Anderes	2%	2%	0%	8%
Keine Angabe	26%	18%	14%	32%

29% der Selbstständigen gaben an, das zusätzlich verfügbare Einkommen überwiegend für den sofortigen privaten Konsum ausgeben zu wollen. Bei geringen (34%) und mittleren Einkünften (36%) ist die Bereitschaft sofort zu konsumieren noch größer. Bei höheren zu versteuernden Jahreseinkommen von mehr als € 30.000,- wird nur zu 21% angegeben, die Mehreinnahmen überwiegend für den sofortigen Konsum zu verwenden. Allerdings war in dieser Gruppe der Anteil an Personen, die noch keine Angabe darüber machen konnten, wie sie die Mehreinnahmen verwenden möchten, mit 32% markant höher als bei geringen (18%) und mittleren (14%) Einkommen.

16% der Selbstständigen werden das Mehreinkommen überwiegend für Betriebsausgaben verwenden. Weitere 12% wollten das Geld für eine baldige größere Anschaffung heranziehen. Insgesamt planten 57% der Selbstständigen, das Geld für den Konsum zu verwenden, wobei hier mit 26% die hohe Zahl an noch Unentschlossenen zu berücksichtigen ist. Lediglich 15% der Selbstständigen gaben an, das Geld überwiegend längerfristig auf die hohe Kante zu legen. 12% der befragten Selbstständigen wollten mit dem Geld vorwiegend ihre Kredite zurückzahlen.

## 5. Schlussfolgerungen

Eine Umfrage zur Verwendung der Mittel aus Steuerentlastungen wurde erstmalig in Österreich durchgeführt. Sie bot sich insb dadurch an, als dass sich durch die Lohnsteueraufrollung zur Jahresmitte hin eine wahrnehmbare Entlastung für die Einkommensbezieher ergab.

Das Umfragedesign lehnt sich an eine in den USA durchgeführte Umfrage zu einer vergleichbaren steuerlichen Maßnahme an, die ihrem Wesen nach ausschließlich dazu diente die US-Konjunktur anzukurbeln. Die steuerliche Entlastung in Ös-

---

**SCHWERPUNKT STAATSVerschuldung: Konsum und Konjunktur**

---

terreich war in eine Steuerreform eingebettet, die unter anderem aus konjunkturellen Gründen vorgezogen wurde und ein Bündel von steuerlichen Maßnahmen enthielt (Tarifänderung, Änderung der steuerlichen Behandlung von Familienleistungen, Spendenabzugsfähigkeit, Gewinnfreibetrag für Unternehmer, etc).

Die Gemeinsamkeiten mit den Ergebnissen der US-Umfrage sind, dass unselbstständig Beschäftigte mit niedrigen Einkommen einen ähnlichen relativen Anteil des zusätzlichen Einkommens aus der Steuergutschrift für Konsum ausgeben wie Bezieher höherer Einkommen. Die Hypothese, dass Steuersenkungen sich idealerweise auf niedrige Einkommen konzentrieren sollen, um den größtmöglichen Konsum- und Konjunkturimpuls zu bewirken, wird durch die Umfrageergebnisse nicht gestützt.

Differenzierter fällt dieses Ergebnis bei der Befragung der Selbstständigen aus. Dort ist der Anteil der Konsumausgaben in den ersten beiden Einkommensklassen ähnlich, sinkt aber in der höchsten Einkommensklasse. Zu beachten ist bei diesem Ergebnis, dass lediglich 150 Selbstständige befragt wurden und dass der größere Teil der Entlastung - der Gewinnfreibetrag (13%) - erst mit der Veranlagung 2010 wirksam wird. Auch ist davon auszugehen, dass die höheren Einkommensbezieher tendenziell bereits mit der Vorgängerregelung - dem Freibetrag für investierte Gewinne (10%) vertraut waren und diesen auch nutzten. Um den Freibetrag für investierte Gewinne geltend zu machen, mussten entweder Investitionen in ungebrauchte Wirtschaftsgüter getätigt werden oder es konnten bestimmte neue Wertpapiere zur Veranlagung angeschafft werden. Letztere Regelung gilt auch beim neuen Gewinnfreibetrag bei Gewinnen über € 30.000,-. Beim Gewinnanteil unter € 30.000,- wirkt der sogenannte Grundfreibetrag in der Höhe von 13% unmittelbar steuermindernd durch die Reduktion der Steuerbemessungsgrundlage ohne Notwendigkeit einer Investition. Dies könnte den relativ niedrigeren Anteil der Konsumausgaben der Selbstständigen mit höheren Einkommen erklären.

Unerwartet ist beim österreichischen Umfrageergebnis, dass der unmittelbare Anteil der Steuerersparnis, der für den Konsum ausgegeben wird, fast dreimal so hoch wie jener aus den USA ist. Dies ist zum Teil dadurch erklärbar, dass österreichische Haushalte deutlich weniger verschuldet sind als amerikanische. Allerdings sind österreichische Haushalte dafür bekannt, über eine höhere marginale Sparneigung zu verfügen.

Die Erklärung von Leigh (2009) zu den australischen Umfrageergebnissen kann hier hilfreich sein. Ähnlich wie die Arbeitgeber in Österreich bei den Lohnsteueraufrollungen den Arbeitnehmern zusätzliche Beträge überwiesen, zahlten die australischen Behörden direkt „Boni“ an die Steuerpflichtigen, während in den USA die Steuerpflichtigen einen Steuernachlass erhielten. So kann ein Bonus als unerwartete Einkunft für die Steuerpflichtigen interpretiert werden, welche sie bereitwilliger wieder ausgeben als eine Steuergutschrift oder eine weniger hohe Steuervorschreibung am Jahresende bei der Veranlagung. In Hinblick auf Wirkungen der Steuerentlastung 2009 auf den aggregierten Konsum und Konjunktur liegen bislang nur die Ergebnisse von Simulationsrechnungen vor, wie zB Breuss et al (2009) und Berger et al (2009). Breuss et al (2009) schätzen durch die Steuerreform 2009 einen Wachstumsimpuls von 0,4% bei einer angenommenen marginalen Konsumneigung von 0,34. Die vom WIFO angenommene marginale Konsumneigung liegt deutlich unter den Ergebnissen dieser Umfrage, aus der sich eine marginale Konsumnei-

**Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010**

gungen von 0,6 zumindest für die Effekte der Lohnsteueraufrollung ableiten lassen. *Berger et al* (2009) schätzen einen gesamtwirtschaftlichen Effekt der Steuerreform für 2009 auf zusätzliche 0,35% des BIP und 2010 auf zusätzliche 0,5% des BIP, ohne jedoch die zugrunde gelegte marginale Konsumneigung anzugeben.

Empirisch konstatieren *Scheiblecker et al* (2010): „*Der private Konsum profitierte besonders von der Steuerreform und dem Familienpaket zur Stärkung der Liquidität der privaten Haushalte... Der Konsum war ... 2009 in Österreich das einzige Nachfrageaggregat, das keinen Rückgang aufwies. Er verhinderte dadurch einen noch stärkeren Einbruch der Wirtschaftsentwicklung.*“ *KMU Forschung Austria* (2010) zeigen für 2009 folgende Quartalsentwicklung der Einzelhandelsumsätze: Im ersten Quartal 2009 fiel der nominelle Konsum um 2 % und der reale Konsum um 4,1%. Das Vorzeichen drehte in den Folgequartalen auf ein positives Vorzeichen auf nominell 2,1% und real 0,2% (Q2), 1,7% nominell und real 0,2% (Q3) und im letzten Quartal 2009 auf nominell 2,9% und real 1,9%. Die deutliche Umkehrung des Vorzeichens bei den Einzelhandelsumsätzen vom 1. in das 2. Quartal fallen mit den Lohnsteueraufrollungen zusammen, wodurch ein Effekt daraus auf die Einzelhandelsnachfrage anzunehmen ist. Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Jahr 2008 war über alle Quartale zwar nominell positiv aber real schrumpfend (*KMU Forschung Austria*, 2009).

Jedenfalls hat die vorliegende Umfrage erstmalig interessante Ergebnisse gebracht, die Relevanz für das Design künftiger Steuerentlastungen insbesondere im Lichte ihrer Wirkungen auf Konsum und Wachstum haben. Zudem sollte angesichts der nun aktuellen Diskussion über die einnahmenseitige Budgetkonsolidierung folgend auf die Konjunkturpakete nun die Hypothese hinterfragt werden, dass bei einnahmenseitigen Budgetkonsolidierungen eine stärkere Belastung höhere Einkommen relativ zu niedrigeren Einkommen die am wenigsten dämpfenden Effekte auf Konsum und Konjunktur zeigen würden.

**6. Annex**

**6.1 Auszüge aus dem Fragebogen**

Haben Sie mitbekommen, dass Anfang April 2009 eine neue Steuerreform, rückwirkend mit Beginn des Jahres, in Kraft getreten ist oder nicht?

Vorlesen! Nur eine Nennung möglich!

- Ja ..... 1
- Nein ..... 2
- Nicht vorlesen:* Weiß nicht, keine Angabe ..... 3

Und haben Sie schon einen Mehrbetrag auf Ihrem Lohn- bzw. Gehaltszettel aufgrund der Steuerentlastung feststellen können oder nicht?

Vorlesen! Nur eine Nennung möglich!

- Ja ..... 1

**SCHWERPUNKT STAATSVerschuldung: Konsum und Konjunktur**

- Nein ..... 2
- Nicht vorlesen:* Weiß nicht, keine Angabe ..... 3

Durch die Steuerreform erhält man ja nun mehr Geld - entweder direkt mit dem Gehalt bzw. sonst bei der Lohn- oder Einkommensteuererklärung am Jahresende.

Was planen Sie mit dem zusätzlich verfügbaren Einkommen, wofür wird das zusätzliche Einkommen verwendet?

- Vorlesen! Mehrfachnennungen möglich! Reihenfolge rotieren!
- Wird überwiegend sofort ausgegeben, konsumiert ..... 1
  - Wird überwiegend gespart für eine größere Anschaffung noch dieses Jahr ..... 2
  - Wird überwiegend längerfristig auf die hohe Kante gelegt ..... 3
  - Überwiegend um Kredite zurückzuzahlen ..... 4
  - Anderes, nämlich ..... 5
  - Nicht vorlesen:* Weiß nicht, keine Angabe ..... 6

Durch die Steuerreform entstehen für Selbstständige Vorteile: Neben der Ersparnis aus der Einkommensteuer-Tarifreform tritt mit 1.1.2010 eine Erhöhung des Gewinnfreibetrages von bisher 10 auf 13 Prozent in Kraft. Zusätzlich sind bei diesem Freibetrag die ersten 30.000 Euro Gewinn nicht an Investitionen gebunden und wirken daher als Grundfreibetrag. So ergibt sich z.B. bei einem Gewinn von 30.000 Euro eine maximale Entlastung von 1.685 Euro im Jahr.

Was planen Sie mit dem zusätzlich verfügbaren Einkommen, wofür wird das zusätzliche Einkommen verwendet?

- Vorlesen! Mehrfachnennungen möglich! Reihenfolge rotieren!
- Wird überwiegend sofort privat ausgegeben, konsumiert ..... 1
  - Wird überwiegend gespart für eine größere Anschaffung noch dieses Jahr ..... 2
  - Wird überwiegend längerfristig auf die hohe Kante gelegt ..... 3
  - Überwiegend, um Kredite zurückzuzahlen ..... 4
  - Wird überwiegend für Betriebsausgaben verwendet ..... 5
  - Anderes, nämlich ..... 6
  - Nicht vorlesen:* Weiß nicht, keine Angabe ..... 7

Dürfte ich Sie für erhebungsstatistische Zwecke noch fragen, in welche der folgenden Einkommensgruppen Sie fallen, also wie viel Sie in etwa brutto pro Monat verdienen?

- Vorlesen! Nur eine Nennung möglich!
- Bis 700 Euro ..... 1
  - 701 bis 1.000 Euro ..... 2
  - 1.001 bis 1.500 Euro ..... 3

**Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010**

1.501 bis 2.000 Euro .....	4
2.001 bis 3.000 Euro .....	5
3.001 bis 4.000 Euro .....	6
4.001 bis 6.000 Euro .....	7
Über 6.000 Euro .....	8
<i>Nicht vorlesen:</i> Weiß nicht, keine Angabe .....	9

Dürfte ich Sie fragen, wie Sie Ihr Einkommen einschätzen würden? Haben Sie ein - ?

**Vorlesen! Nur eine Nennung möglich!**

unteres Einkommen .....	1
mittleres Einkommen .....	2
höheres Einkommen .....	3
<i>Nicht vorlesen:</i> Weiß nicht, keine Angabe .....	4

**BUNDESLAND**

Oberösterreich .....	1	Steiermark .....	6
Salzburg .....	2	Kärnten .....	7
Niederösterreich .....	3	Tirol .....	8
Wien .....	4	Vorarlberg .....	9
Burgenland .....	5	Postleitzahl: .....	

**WOHNORTGRÖSSE**

Unter 2.000 Einw .....	1	50.000-100.000 Einw. ....	5
2.000-5.000 Einw. ....	2	Über 100.000 (=Landes-	
5.000-10.000 Einw .....	3	deshauptstadt) .....	6
10.000-50.000 Einw. ....	4	Wien .....	7

**GESCHLECHT**

Männlich .....	1	Weiblich .....	2
----------------	---	----------------	---

**ALTER**

15-24 Jahre .....	1	50-54 Jahre .....	6
25-29 Jahre .....	2	55-59 Jahre .....	7
30-39 Jahre .....	3	60-69 Jahre .....	8
40-44 Jahre .....	4	70 J. und älter .....	9
45-49 Jahre .....	5		

Welchen Schulabschluss haben Sie? (höchsten Schulabschluss)

Volksschule/Hauptschule .....	1
Weiterführende höhere Schule ohne Matura .....	2
Matura .....	3
Universität/Hochschule .....	4

SCHWERPUNKT STAATSVerschuldung: Konsum und Konjunktur

BERUFSTELLUNG (eigene oder ehemalige bzw. des Ernährers)

Facharbeiter mit abgelegter Prüfung .....	1
Sonstiger Arbeiter .....	2
Landwirt .....	3
Leitender Angestellter .....	4
Nichtleitender Angestellter .....	5
Beamter des gehobenen Dienstes .....	6
Beamter des mittleren oder einfachen Dienstes .....	7
Inhaber oder Geschäftsführer von großen Firmen .....	8
Mittlere, selbstständige Geschäftsleute .....	9
Kleine, selbstständige Geschäftsleute, Handwerker .....	10
Freier Beruf .....	11

Wie viele Personen - Sie selber mitgerechnet - gehören zu diesem Haushalt?  
 1 / 2 / 3 / 4 / 5 Personen  
 Mehr als 5 Personen ..... 6

Wie viele Personen haben in diesem Haushalt ein eigenes Einkommen?  
 1 / 2 / 3 / 4 / 5 Personen  
 Mehr als 5 Personen ..... 6

**Literaturverzeichnis**

*Berger et al*, Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer - Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte, Institut für Höhere Studien, Wien (2009)

*BMF*, Die Steuerreform 2009 - Ein Überblick, Wien (2009)  
[www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Steuerreform\\_09\\_20.3-3.pdf](http://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Steuerreform_09_20.3-3.pdf) (6. 2. 2010)

*Breuss et al*, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien (2009)

*Congressional Budget Office*, Options for Responding to Short-Term Economic Weakness, Washington D. C. (2008), [www.cbo.gov/ftpdocs/89xx/doc8916/01-15-Econ\\_Stimulus.pdf](http://www.cbo.gov/ftpdocs/89xx/doc8916/01-15-Econ_Stimulus.pdf) (7. 2. 2010)

*Haigner et al*, Verteilungswirkungen der Steuerreform 2009 - Eine Simulationsstudie für Österreich, Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung mbH (2009)

*KMU Forschung Austria*, Konjunkturbeobachtung Einzelhandel Jahresbericht 2008, Wien (2009)

*KMU Forschung Austria*, Konjunkturbeobachtung Einzelhandel Jahresbericht 2009, Wien (2010)

Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010

*Köhler-Töglhofer, W./Reiss, L.*, Die Effektivität fiskalischer Wachstums- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen in Krisenzeiten, Geldpolitik und Wirtschaft Q1/2009, 83-106

*Leigh, A.*, How Much Did the 2009 Fiscal Stimulus Boost Spending? Evidence from a Household Survey, CAMA Working Paper 22/2009, Australian National University, Canberra (2009)

*Marterbauer, M.*, Wem gehört der Wohlstand? Wien (2007)

*Reitschuler, G./Stöckl, M.*, Zur Steuerreform 2009: Wird die Entlastung ihren Zielen gerecht? SWK-Heft 9, 453-458, Wien (2009)

*Scheiblecker et al.*, Österreichs Wirtschaft im Jahr 2009: Schwerste Krise seit 60 Jahren, Wifo Monatsberichte 4/2010, 321-388

*Shapiro, M./Slemrod, J.*, Did the 2001 Tax Rebates Stimulate Spending? Evidence from Taxpayer Surveys, Tax Policy and the Economy, No 17, 83-109 (2003)

*Shapiro, M./Slemrod, J.*, Did the 2008 Tax Rebates Stimulate Spending? American Economic Review Proceedings 99 (May 2009) (2009a) 374-379

*Shapiro, M./Slemrod, J.*, Did the 2008 Tax Rebates Stimulate Spending? Survey Instrument (2009b); [www-personal.umich.edu/~shapiro/surveys/rebate2008/taxrebate2008.pdf](http://www-personal.umich.edu/~shapiro/surveys/rebate2008/taxrebate2008.pdf) (7. 2. 2010)

**Abstract**

**JEL-No: E21, E62, E65, H30**

Effects of changes of the income tax rate on consumption and on the business cycle within the Austrian tax reform 2009/2010

For the first time a survey was conducted on how Austrian tax payers use a tax bonus/reduction of the income tax rate - personal income tax was refunded by the employers mainly in April and May 2009 due to a change of the tax rate as a consequence of the Austrian tax reform 2009. The survey design is based on Shapiro/Slemrod (2009) who undertook a recent survey in the United States. It is found that the spending rate out of the tax bonus is not strongly related to income. Lower, middle and higher incomes spend more or less the same share on the refunded tax savings. The Austrian survey has these findings in common with the results of the cited US survey. The Austrian policy discussion prior to the Austrian tax reform presumed that low-income households are particularly likely to increase their spending as a result of the reduction of the tax rate. Therefore, policies aimed at lower-income households would have greater stimulus effects. The findings of this survey are in contradiction to this hypothesis. Moreover, the survey findings should shed new light on the current policy discussion regarding the design on budgetary consolidation aiming at tax increases geared toward higher incomes. It cannot be taken for sure that taxing higher incomes would do the smallest harm on aggregate consumption and growth.